

Fragebogen des Reichstages

Antrag, wiewohl er vom Standpunkte der Unabhängigkeitspartei aus gefälliger aussieht, weil er eine Aktivierung des ungarischen Reichstages und nicht die der Delegation wünscht, die Verwirklichung des staatsrechtlichen Programms der Unabhängigkeitspartei nicht enthält. Im Gegenteil, dieser Antrag kommt der siebenundsechziger Verfassung zu Hilfe, indem er ohne Umfütterung der Grundprinzipien dieser Verfassung es ermöglicht, daß der Minister des Neuhern, ich füge hinzu: der Kriegsminister und überhaupt die gemeinsamen Minister, unter verfassungsmäßiger Kontrolle geraten.

Der Herr Ministerpräsident hat dies gefühlt; dennoch behauptet er, daß er in dieser Lage der Annahme meines Antrages näher stehe, wiewohl er die Textierung meines Gesetzes keineswegs zu der seinigen machen könne. Dies ist auch nicht notwendig. Sogar doch auch auf dieser Seite des Hauses mehrere meiner geehrten Freunde, die nicht allen Einzelheiten der Textierung meiner Gesetzesvorlage zustimmen. Der Herr Ministerpräsident erwähnt nur so nebenbei die Einwände, die gegen den Text meines Gesetzesvortrages zu erheben sind, und bringt als Hauptargument für die Unannehmbarkeit meines Antrages vor, er halte diese Zeitläufte nicht für geeignet, um irgendwelche staatsrechtliche Kontroversen heraufzubeschwören. Wenn aber die Hemmungen, die nach seiner Ansicht die Einberufung der Delegation derzeit unmöglich machen, auch in Nachkriegszeiten in Oesterreich ihre Fortsetzung fänden, dann würde er erwägen, ein ähnliches Expedient zu suchen. Nun denn, ich vermag die Kraft dieser Gegenargumentation weder einzusehen noch zu empfinden. Beschreiben wir denn eine staatsrechtliche Kontroverse herauf? Zwischen welchen Parteien? Untereinander doch nicht, da wir doch, abgesehen von den Textierungsschwierigkeiten, alle mit dem Herrn Ministerpräsidenten der Ansicht sind, daß, sofern die Einberufung der Delegation unmöglich ist, die ungarische Legislative auf Grund eigener souveräner Entscheidung sich hilft, um die verfassungsmäßige Kontrolle auch über die gemeinsamen Minister ausüben zu können. Zwischen uns können also keine staatsrechtlichen Kontroversen nicht aufkommen. Auch die Unabhängigkeitspartei sieht dies nicht als einen Verlust an, ihr Programm zu verwirklichen, sondern in aller Loyalität als momentanes Ausnahmsmittel. Mit wem können wir also eine Kontroverse haben? Mit Oesterreich? Auf die Empfindlichkeit jenes Oesterreich, das seine gesetzmäßigen Pflichten uns gegenüber nicht einmal zugunsten der Rechtspraxis seiner eigenen Völker zu erfüllen vermag, oder die Gebote der bestehenden Verfassung nicht vollziehen will, brauchen wir in diesem Falle wahrhaftig keine Rücksicht zu nehmen! (Zustimmung links.) Dies ginge über alle erlaubten Grenzen. Hier handelt es sich um eine selbstständige Betätigung der ungarischen Legislative und da hat kein Mensch Einspruchsrecht, weder vom rechtlichen Standpunkte noch vom praktischen.

Ich habe meinen Antrag darum so bescheiden und nur gleichsam ausweichend formuliert, um allen etwaigen Einwänden und Schwierigkeiten die Spitze zu nehmen. Uns allen scheint gemeinsam die absolute Unmöglichkeit dessen vor, daß in diesen schweren und schicksalentscheidenden Zeiten die gemeinsamen Minister ohne jede unmittelbare Kontrolle ihr Amt üben können. (Zustimmung und Applaus links und äußerlich.)

Die ministerielle Verantwortlichkeit ist in vorberster Reihe eine persönliche Verantwortlichkeit. Der Minister muß für sein Ressort einstehen. In besonderen hat dies Geltung für den gemeinsamen Minister des Auswärtigen und für den Kriegsminister. Wir stehen der absurden Situation gegenüber, daß gerade jetzt, da die Wirksamkeit der gemeinsamen Minister über die Garantien unseres nationalen Daseins, über den siegreichen Abschluß des Krieges und der richtigen Friedensschluß entscheiden kann, die konstitutionelle Maschinerie versagt und nicht funktioniert. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Gelänge es dem Herrn Ministerpräsidenten, seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen, so würden er und seine Majorität ein historisches Dokument aufgesetzt haben über das vollständige Fallissement der siebenundsechziger Verfassung.

Unsere Hauptaufgabe aber ist, aus dem großen Treiben siegreich hervorzugehen und friedliche Zustände zu schaffen. Das ist das aktuellste Interesse, diese alles dominierende Frage bewegt uns dazu, im Interesse unserer Anträge die äußersten Anstrengungen aufzubieten.

Doch auch militärische und politische Verhältnisse machen die Annahme meines Antrages notwendig. Zunächst einiges in aller Kürze über militärische Angelegenheiten: (Hört! Hört!) Der Herr Ministerpräsident hat zu Beginn seiner heutigen Rede behauptet, es sehe nicht im Interesse der Allgemeinheit, die Heeresleitung in das Licht zu stellen, als ob sie Fehler auf Fehler häufen würde. Dies ist uns nicht im Traum eingefallen. Nichts steht uns fern, als die Heldentaten unserer Soldaten und den aus diesen strahlenden Ruhm verdunkeln zu wollen. (Zustimmung links und äußerlich.) Unsere Söhne kämpfen, um die vitalen Interessen und die Sicherheit des Vaterlandes zu schützen, um das historische und sittliche Kapital des Vaterlandes zu mehren. Durch Herausstellung der Unseren will ich nicht im mindesten den Ruhm der Soldaten der anderen Hälfte der Monarchie schmälern, die mit den Unseren zusammen glorreich ihre Aufgabe gelöst haben. Aber was unser ist, das sei auch unser, und wir wünschen keine Verdunkelung dessen, sondern ein noch intensiveres Insichtrüben der Heldentaten unserer Soldaten. Ich würde es für unrichtig halten — auch entspräche es der historischen Wahrheit nicht —, wenn wir behaupten wollten, die Heeresleitung habe Fehler auf Fehler gehäuft. Wir kennen jene begabten Führer sehr wohl, die es verstanden haben, die Tugenden unserer Truppen entsprechend zur Geltung zu bringen. Wenn wir aber sehen, daß man neben diesen begabten Führern auch die erprobten Talentslosigkeit in Amt und Stelle befördert (So ist's! Sehr wahr! links und äußerlich), wenn wir sehen, daß die glorreichen Taten sowohl der Truppen als der talentierten Führer durch die Fehler der Obersten Heeresleitung zunichte gemacht werden, wenn wir sehen, daß sich diese Masse um keinen Preis rühren will und jeder auf seinem Plage bleibt, wenn wir sehen, daß die Justifizierung der Justifizierten von der Geschichte zum Teil wohl noch zu ihren Gunsten revidiert werden wird, — wenn wir also sehen, wie sich all dies gewissermaßen um den Krisenzeitpunkt des Krieges häuft: dann ist es doch eine höhere Pflicht, dem unwillen und dem Hies nicht entsprechenden Vergeben unseres Blutes Einhalt zu gebieten. (Lebhafte Zustimmung und Applaus links und äußerlich.) Ich will dieses Thema weiter nicht verfolgen, denn ich habe den Eindruck, als wären wir auf dem Wege einer Verbesserung der Lage.

Abgeordneter Géza Polányi (ruft dazwischen): Der Inhalt der Fütterwörter soll sich trocken! (Große Bewegung.)

Abgeordneter Graf Albert Apponyi (fortfahrend): Den der Herr Abgeordnete als Fütterwörterinhalten bezeich-

net, das weiß ich nicht. Ich möchte aber hervorheben, daß ich mit dem Gegenstande der gestrigen Interpellation des Herrn Grafen Michael Karolyi mich nicht identifizieren kann. (Bewegung äußerlich.) Ich weiß nicht, was sich vorbereitet. Ich habe keine authentischen Informationen hierüber. Aber meine privaten Informationen sind von nicht geringem Wert und so ziemlich ebenso seriös, wie jene, auf deren Grundlage Graf Karolyi seine Interpellation an den Ministerpräsidenten gerichtet hat. Gleich meinem Freund Graf Andrássy sage auch ich, wir haben keine Zeit zum Experimentieren, und auch mir wäre es lieber, die Mängel unserer Heeresleitung in der Weise auszumachen, daß wir dahin ungarische Führer stellen. Ich werde eifrig bemüht sein, daß unsere Kriegsinstitutionen in diesem Sinne umgestaltet werden und daß die ungarischen Heerführer wachsen, sich entwickeln und gedeihen können. (Lebhafte Zustimmung. Ekstase und Applaus links und äußerlich.) Ich möchte ein guter Prophet sein und voraussetzen, daß in dieser Beziehung nach dem Krieg die Grenzlinien der Parteien sich verwischen werden. (Lebhafte Zustimmung links und äußerlich.)

Die Sitzung wird bis 4 Uhr nachmittags unterbrochen. In der Nachmittagsitzung setzt

Abgeordneter Graf Albert Apponyi seine Ausführungen fort:

Ich bin zu jenen militärischen Fragen gelangt, die im engsten Zusammenhange mit den auf der Tagesordnung befindlichen Anträgen stehen, insofern die Einberufung der Delegation den gemeinsamen Kriegsminister ebenso unter die Verantwortung stellt, wie den gemeinsamen Minister des Neuhern, — nämlich zu den Fragen der Ergänzung der Armee und im Zusammenhange damit der unzureichend fertigen Enthebungen. Es ist das Gerücht verbreitet, daß man derzeit bei den Nachstellungen, resp. bei der Revision der bisher Entbundenen den weniger Tauglichen gegenüber mit einer gewissen Schonungslosigkeit vorgeht, daß an organischen Fehlern Leidende, die früher befreit waren, wie beispielsweise leichtere Herzkrankheiten oder Augenleiden, behalten wurden. Ich halte dies nicht für ein richtiges System. Ich erachte es auch nicht für den richtigen Weg, auf welchem wir das uns allen vorstehende Ziel erreichen können; zu der uns noch bevorstehenden Kraftanstrengung alle Energien der Nation zu sammeln. Dadurch, daß wir die weniger Tauglichen einstellen, vermehren wir nur die Patienten der Militärspitäler, aber nicht die Zahl der an der Front kämpfenden. Um den Zweck zu erreichen, müssen wir etwas ganz anderes tun. Vor allem denke ich an eine Einschränkung der unzureichend Entbundenen, sowie der aus dem Frontdienste unberechtigt entlassenen Männer. Daß ich das Lebendige der Frage berührt habe, als ich dieses Thema im Hause anschnitt, beweist der Umstand, daß ich noch niemals im Parlament eine Rede gehalten habe, gelegentlich welcher nicht nur aus Ungarn, sondern auch aus Oesterreich briefliche Bemerkungen in so großer Zahl an mich gelangt wären. In anonymen und nichtanonymen Briefen weisen die Briefschreiber darauf hin, daß man Laiende, ja Hunderttausende Männer aus beiden Staaten zusammenbringen könnte, wenn man die vollkommen unberechtigten Enthebungen der Reihe nach durchginge. (Beifall.) Die Kategorien, die hier in Betracht kommen, sind die folgenden. Vor allem die Offiziersdiener, deren Status unter den gegenwärtigen Umständen eine durch nichts motivierte Zukunftsprognose bildet. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.) Ferner die überflüssigen Angestellten gewisser militärischer Institute, Spitäler, Kanzleien, an deren Stelle die Alten und sehr Jungen den Dienst versehen können, die erfahrungsgemäß sich auf dem Kriegsschauplatz nicht bewähren, und zwar nicht aus Mangel an gutem Willen, sondern weil ihr jugendlicher Organismus weder die körperlichen Strapazen, noch die seelischen Erschütterungen erträgt. Ferner solche bei Banken, Unternehmungen und verschiedenen Privatinstitutionen auf Grund einer fiktiven Notwendigkeit zurückbehaltenen Personen, die vollkommen diensttauglich sind.

Redner will einige der an ihn gelangten Briefe dem Hause zur Kenntnis bringen. Die Mitglieder des Verlegerhandelsvereins schreiben in einem mit dem amtlichen Siegel versehenen Briefe, daß sie, da sie bereits das militärische Dienstalter überschritten haben, ihre Dienste für alle jene Anordnungen anbieten, die derzeit von längerem, an der Front verwendbaren Männern versehen werden. (Beifall.) Der Angestellte einer Privatunternehmung schreibt, daß ihn seine Unternehmung nicht entlassen will, obwohl er den Wunsch hege, an die Front zu gehen. Daraus geht jedenfalls hervor, daß in beiden Staaten der Monarchie noch viele unberechtigt entbundene Personen durch andere Kräfte ersetzt werden können. Nicht durch die Einstellung der fürspäher weniger Tauglichen, sondern durch die Einreihung der unberechtigt Entbundenen müßte unsere Wehrkraft vermehrt werden. Die nationale Kraft muß in ihrer Gänze in den Kampf gestellt werden. (Beifall.) Ich empfehle die Frage der Aufmerksamkeit des Honvörministers und des Kriegsministers.

Ich gehe nun auf die Verhandlung der auswärtigen Fragen über, um zu zeigen, wie unbedenklich die direkte verfassungsmäßige Kontrolle des Ministers des Neuhern in der Delegation ist. Nach den Ausführungen des Grafen Andrássy habe ich nicht viel mehr zu sagen. Wir finden darin keineswegs ein Vergnügen, uns mit der Person des gemeinsamen Ministers des Neuhern in aggressiver Weise zu befassen. Dies ist für uns, in einer Abseitschaft, wo er sich nicht verteidigen kann, sehr unangenehm. Wir haben nicht die geringsten persönlichen Motive. Der Minister des Neuhern hatte doch an jenen politischen Kämpfen, welche die Atmosphäre des Hauses so sehr vergiftet haben, keinerlei Anteil. Er steht vermöge seiner Stellung außerhalb der parlamentarischen Kämpfe. Wenn wir nur unserem persönlichen Geschmack folgen könnten, viele es uns nicht bei, aggressiv gegen ihn vorzugehen. Aber da die Zeiten sehr ernst und die auf dem Spiele stehenden Interessen sehr groß sind, so ist die Möglichkeit, sich in Höflichkeit oder in Schonung zu ergehen, nicht vorhanden. Wenn mein bester, mein intimster Freund eine so wichtige verantwortliche Stellung einnehmen würde, für die ich ihn unter den gegebenen Verhältnissen nicht für berufen hielt, würde ich eine Aktion einleiten, um ihn von dort zu entfernen. Wenn ich selbst eine Stelle inne hätte, bei der mir mein Gewissen sagte, daß ich ihren Anforderungen nicht voll entspreche, würde ich Mittel und Wege suchen, damit ein anderer an meine Stelle gelange.

Was sind in der gegenwärtigen Lage die Aufgaben des Ministeriums des Neuhern? Diese Aufgaben sind zweierlei. Die eine Aufgabe besteht darin, daß es die Führung des Krieges, beziehungsweise den fortwährenden vertraulichen Verkehr mit unseren Verbündeten aufrechterhält und daneben auch im Interesse aller die selbstständige Aktionsfähigkeit bewahrt. Die zweite Aufgabe ist die, daß das Ministerium

seine Hand fortwährend an der Pulsader der Ereignisse beim im Kampfe befindlichen Völkern, auch der gegnerischen Staaten und der Neutralen, hält, und die Lage immer so sehr beherrscht und so sehr kennt, daß er mit allen Ereignissen den Kontakt hat, daß er den Augenblick erfassen kann, in welchem die geeigneten Schritte zu einem unsere Sicherheit fördernden und begründenden Lebensschlusse getan werden können. Diese zwei Aufgaben hat der Minister des Neuhern. Die letztere Aufgabe ist besonders heikel. Auch ich stimme vollkommen darin überein, daß diese Frage bei uns nicht völlig aktuell erscheint. Denn wir dürfen, so lange das Programm unserer Feinde in der Vernichtung unserer Macht gipfelt, so lange die Ernüchterung bei unseren Gegnern nicht eingtritt, so lange sie nach Zielen streben, die mit der Sicherung unserer Zukunft unvereinbar sind, überhaupt nicht von Frieden als von einer aktuellen Frage mit Worten sprechen. (Allgemeiner Beifall.) Aber ebenso wahr ist es, daß man im gegebenen Augenblicke die Gelegenheit zu einem heilamen und richtigen Friedensschlusse zu ergreifen verstehen muß, daß man sie nicht veräumen darf. (Beifall.) Gib! uns die bisherige Tätigkeit unseres Ministers des Neuhern ein Bild darüber, daß er der Staatsmann sei, der zur Lösung der letzteren beiden und großen Frage fähig wäre? Was wir bisher feststellen können, ist die Tatsache, daß er ein sorgfältiger Beobachter der verschiedenen aufeinanderfolgenden Situationen war, daß er mit seinen Aktionen den Ereignissen stets nachhumpelte, daß er ihnen in seinem einzigen Falle zuvorzukommen wußte.

Bezüglich unserer Verhandlungen mit Italien kann — was immer auch hierüber gesagt wurde — kein Zweifel bestehen, daß die Versuche, dem Ausbruche des Krieges zuvorzukommen, erst dann begonnen wurden, als die Lage im höchsten Maße vergiftet war. Erst dann erfolgten Versuche und Auerbietungen einander immer häufiger, immer weitergehend, und zwar in dem Maße, in welchem die Aufregung und die Forderungen in Italien wuchsen. Das ist nicht die Art und Weise, um eine solche Gefahr zu bannen. Mein geehrter Freund Graf Julius Andrássy hat mir nach Kriegsausbruch öfter im Privatgespräche gesagt, man muß sich damit befassen, daß wir uns von Seiten Italiens, wenn auch nicht die Erfüllung seiner Bundespflichten, sondern wenigstens die Neutralität sichern. Wenn wir damals, als der König von Italien unserem Könige noch vertrauensverdienende Telegramme schickte, die Aktion mit jener Voraussicht der künftigen Sicherung, die ein Staatsmann haben muß — der jetzige Minister des Neuhern war damals nicht auf diesem Posten, ihn berührt dies also nicht persönlich —, wenn wir damals oder in irgendeinem nächsten Stadium der Frage die Aktion in dieser Richtung begonnen hätten: wer kann behaupten, daß die Dinge nicht einen ganz anderen Verlauf genommen hätten. (Bewegung.)

Ich kann zwei Standpunkte begreifen. Der eine geht dahin, daß alle territorialen Forderungen Italiens uns gegenüber vollkommen unberechtigt sind und daß wir mit Italien darüber überhaupt nicht diskutieren. Das ist ein ethisch vollkommen begründeter Standpunkt. Ob er politisch richtig ist, hängt von den Kraftverhältnissen ab. Ich begreife auch, daß man sich, ganz abgesehen von der ethischen Berechtigung, in der Erwägung, daß es in unserem Interesse liegt, die Neutralität Italiens, wenn notwendig, um den Preis gewisser Opfer zu sichern, zu diesen Opfern entschließt. Das ist ja auch geschehen. Aber dann muß man dies zu der richtigen Zeit tun. (Zustimmung links.) zu einer Zeit, wo der Erfolg wenigstens plausibel, wenigstens wahrscheinlich ist. Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, der Krieg gegen Italien war unvermeidlich. Das kann stimmen oder auch nicht. Darauf wird niemand jemals eine positive Antwort geben können, denn die Frage, was geschehen wäre, wenn gewisse Dinge sich anders gestaltet hätten, kann niemals positiv gelöst werden. Wenn es nun klar ist, daß gewisse ungünstige Folgen durch gewisse verfehlte Handlungen verursacht wurden, dann kann sich derjenige, der für die Verhältnisse und für die verfehlten Handlungen verantwortlich ist, nicht durch die Ausrede der Verantwortung entziehen: daß der Krieg ohnehin ausgebrochen wäre.

Der zweite Fall ist die Stellungnahme des Ministers des Neuhern in Angelegenheit der Vertretung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Herr Ministerpräsident hat sich heute, in dieser Frage dahin geäußert, daß es unserer Außenpolitik gar nicht einfallt, sich den Vereinigten Staaten gegenüber auf einen Schmollstandpunkt zu stellen, sie wünscht die Aufrechterhaltung des guten Verhältnisses mit den Vereinigten Staaten und seinerzeit werden auch Schritte nach dieser Richtung hin geschehen. Das hören wir immer: seinerzeit. Tatsache ist, daß die Vereinigten Staaten von Amerika es gern sehen würden, wenn wir dort einen Botschafter hätten. Tatsache ist auch, daß wir dort keinen Botschafter haben. (Zustimmung links.) Wenn wir diese Angelegenheit im Lichte der großen Aufgabe betrachten, die in der Vorbereitung des künftigen Friedens besteht, und die sich nicht bloß auf die Ausnutzung des günstigsten Augenblickes zur Einleitung der Friedensbewegung, sondern auch auf die Sicherung der günstigsten Einflüsse auf die Friedensschlußaktion bezieht, wenn wir dieses Verhältnisses in der Beleuchtung dieser Aufgabe sehen, dann müssen wir sie als eine ganz ungeheure qualifizieren. Damit können wir motivieren, daß wir bei dem mächtigsten neutralen Staat, dessen Wort seinerzeit nicht bloß bezüglich des Faktums des Friedensschlusses, sondern auch bezüglich der Qualität des Friedens, der daraus zu erwartenden Vorteile oder Nachteile am meisten in die Waagschale fallen wird, auf welchen die Entente durch ihre besten Diplomaten fortwährenden Einfluß zu üben bestrebt ist, nur durch einen zur Erledigung der laufenden Angelegenheiten bestimmten Geschäftsträger, politisch aber überhaupt nicht vertreten sind? (Zustimmung.)

Ich weiß nicht, ob der Herr Ministerpräsident auch bei mir beanstanden wird, daß ich die politische Frage zur Sprache bringe, aber ich glaube, daß man diese Frage nicht nur besprechen kann, sondern sogar erörtern muß. Warum ist seit der Zeit da wir das politische Gebiet besetzt haben, noch immer keine Lösung erfolgt? Warum ist noch kein Wort gesprochen worden, welches der politischen Nation Garantien für die Zukunft gewährt und damit die Ausnutzung der in ihr verborgenen moralischen und militärischen Kräfte ermöglicht? (Zustimmung links.) Müssen wir bei diesem diplomatischen Verfahren nicht befürchten, daß Rußland uns zuvorkommt, daß Rußland ein Wort ausspricht, welches die Verfügung über das in dem politischen nationalen Geiste aufgeschobene moralische Kapital zumindest zweifelhaft machen könnte?

Ich habe somit drei wichtige Tatsachen vorgebracht, die darauf hinweisen, daß der Leiter unseres Auswärtigen Amtes ein in jeder Hinsicht hervorragender Mann sein kann, daß ihm aber die Fähigkeiten fehlen, rasch zu handeln, den Ereignissen